

Anträge

Inhaltsverzeichnis

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| 01 | MehrWert Gleichstellung: Für eine geschlechtergerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Berlin und Brandenburg DGB-Bezirksfrauenausschuss Berlin-Brandenburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 2 |
| 02 | Frauen in der Arbeitswelt in Berlin und Brandenburg – Forderungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben DGB-Bezirksfrauenausschuss Berlin-Brandenburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 4 |
| 03 | Reproduktive Rechte GEW Frauen Berlin <i>angenommen in geänderter Fassung</i> | 8 |
| 04 | Antrag gegen den Berliner Kürzungshaushalt ver.di Frauen Berlin-Brandenburg <i>angenommen</i> | 9 |
| I1 | Erhalt demokratischer und diversitätsbewusster Bildungsinhalte in den Kita-Bildungsplänen IGBCE Frauen Nordost <i>angenommen als Material zu Antrag 04</i> | 12 |

Antrag 01: Mehrwert Gleichstellung: Für eine geschlechtergerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Berlin und Brandenburg

Laufende Nummer: 1

| | |
|---------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksfrauenausschuss Berlin-Brandenburg |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |

Der zur Bekämpfung des Klimawandels erforderliche Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen erhöhenden finanziellen Druck auf die öffentlichen Haushalte – im Bund und in den Ländern. Dabei drohen Vorhaben der Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik aufgeschoben und unter Finanzierungsvorbehalt gestellt zu werden.

Als Gewerkschaften setzen wir uns dafür ein, dass wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und zur Förderung von Gleichberechtigung beitragen. Eine geschlechtergerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik wirkt gesellschaftlichen Ungleichheiten entgegen: Sie rückt Verteilungsfragen ins Zentrum ihres Handelns, nimmt auch Sorgearbeit in den Blick und nutzt die Spielräume steigender Produktivität auch zur Verkürzung der Arbeitszeit. Damit sichert sie gute Arbeit, nicht nur für Frauen. Eine konsequente Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in der Wirtschafts- und Finanzpolitik trägt dabei auch zum Anstieg des inländischen Fachkräftepotentials bei.

Frauen haben deutlich weniger Einkommen als Männer. Sie sind häufiger alleinerziehend und häufiger von Altersarmut betroffen. Frauen besitzen rund 30 Prozent weniger Vermögen aus Mietimmobilien oder Finanzanlagen oder Versicherungsguthaben als Männer; beim Betriebsvermögen sind es sogar 80 Prozent weniger^[1]. Aufgrund dieser Lebensrealitäten benötigen Frauen stärker als Männer einen handlungsfähigen Staat, der die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur investiert und auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen kann. Wenn bei öffentlichen und sozialen Leistungen gespart wird, trifft es Frauen ungleich härter.

Die Corona-Krise hat sehr eindrücklich gezeigt, wie in Umbruchs- und Krisenzeiten gleichstellungspolitische Rückschritte drohen. In der Pandemie verschärfte sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern: Frauen mit Kindern reduzieren häufiger ihre Arbeitszeit als Männer, ihr Anteil an der Sorgearbeit nahm noch weiter zu. Nun steht die deutsche Wirtschaft vor einer umfangreichen Transformation durch Digitalisierung, Dekarbonisierung und den demografischen Wandel. Um Frauen hierbei nicht erneut zu benachteiligen, muss Wirtschaftspolitik gerade in Zeiten der Transformation geschlechtergerecht gestaltet werden. Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt müssen so gestaltet werden, dass sie gleiche Verwirklichungschancen für Frauen und Männer bieten.

Deshalb fordern die DGB Frauen, sich in Berlin und Brandenburg für eine geschlechtergerechte Gestaltung der landespolitischen Wirtschafts- und Finanzpolitik einzusetzen.

Die Frauen im DGB Berlin-Brandenburg fordern die Landesregierungen in Berlin und

Brandenburg auf, Geschlechterungleichheiten zu beseitigen und

- eine **geschlechtergerechte Haushaltspolitik** in Berlin und Brandenburg umzusetzen, bei der Sparpolitiken grundsätzlich mit Blick auf Belastungen für Frauen und vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende, Pflegende oder Menschen mit geringem Einkommen überprüft werden. Sparmaßnahmen dürfen nicht zu einer weiteren Benachteiligung führen.
- Instrumente des **Gender Budgetings** auf Landesebene weiterzuentwickeln und konsequent umzusetzen und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, um sicherzustellen, dass finanzpolitische Entscheidungen geschlechtsspezifische Auswirkungen berücksichtigen.
- die Gleichstellungsstrategien der Länder bzw. die **gleichstellungspolitischen Rahmenprogramme** mit dem Gender Budgeting zu verknüpfen.
- das Prinzip des **Gender Mainstreamings konsequent** umzusetzen, also die Geschlechterperspektive in die Gestaltung und Analyse von Gesetzen und Programmen einzubeziehen - durch die Einführung eines landespolitischen „**Gleichstellungs-Checks**“ für alle politischen Vorhaben.
- die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft geschlechtergerecht zu gestalten:
- durch die **Erhebung und Auswertung geschlechtsspezifischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten** (Daten zu geschlechtsspezifischen Beschäftigungseffekten im Zuge der Transformation, Substituierbarkeitspotenziale, Weiterbildungsangeboten, Potenziale von Frauen in ‚Green Jobs‘, etc.)
- Analysen zur Verteilung von Armut, Einkommen und Vermögen sowie zu Konsumverhalten und Auswirkung von Teuerungen nicht nur auf der Ebene privater Haushalte, sondern auch auf individueller Ebene durchzuführen und die dafür notwendige Datenlage zu schaffen, damit bestehende Geschlechterungleichheiten und wirtschaftliche Abhängigkeiten von Frauen deutlicher sichtbar werden.
- anzuerkennen, dass individuelle wirtschaftliche Eigenständigkeit ein Wohlstandskriterium ist.
- **geschlechtersensible Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote** in Transformationsprozessen sicherzustellen. Zudem müssen Frauen konsequent an Transformationspolitik beteiligt werden. Wichtig ist auch ein Fokus auf Weiterbildungsbeteiligung von Frauen bei Digitalisierung und KI.
- Feste Verankerung und ggf. Schärfung von **Kriterien der Geschlechtergleichstellung bei Zuwendungen/in der Wirtschaftsförderung der Länder**.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit in der Ressourcenverteilung.

[1] Julia Jirrmann, Black Box Steuerpolitik (2024). Wie unser Steuersystem Ungleichheit fördert. Ein Reformvorschlag

Antrag 02: Frauen in der Arbeitswelt in Berlin und Brandenburg – Forderungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben

Laufende Nummer: 2

| | |
|----------------------------|---|
| Antragsteller*in: | DGB-Bezirksfrauenausschuss Berlin-Brandenburg |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen durch eine gleichberechtigte Teilhabe im Erwerbsleben zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Gewerkschaften. Doch noch immer bestehen Hürden für eine echte Gleichstellung in der Arbeitswelt: durch ungleiche Bezahlung, Sexismus und Belästigungen am Arbeitsplatz, Geschlechterstereotype in der Berufsorientierung und eine ungleiche Verteilung von Sorgearbeit. Als Gewerkschaften sind wir überzeugt: Es ist höchste Zeit, diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit fördern, Sorgeinfrastruktur verbessern

Unbezahlte Sorgearbeit, beispielsweise die Betreuung und Erziehung von Kindern, Hausarbeit sowie die Unterstützung und Pflege von Angehörigen, ist zwischen den Geschlechtern ungleich und damit nicht fair verteilt. Nach wie vor erledigen Frauen einen erheblich größeren Teil dieser Tätigkeiten. Diese traditionelle Arbeitsteilung hat ökonomische und soziale Folgen: Frauen gehen sehr viel häufiger Teilzeitbeschäftigungen nach und ihre Einkommen sind niedriger als die von Männern [\[1\]](#). Die beruflichen Entwicklungsperspektiven von Frauen sind entsprechend vielfach begrenzt und bei Trennung oder im Alter sind sie finanziell nicht ausreichend abgesichert.

Damit Frauen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit auszuweiten oder überhaupt eine Erwerbsarbeit oder eine berufliche Qualifikation (beispielsweise Ausbildung oder Studium) aufzunehmen, müssen sie zuverlässig von Sorgearbeit entlastet werden. Entscheidend ist hierbei eine gute Betreuungsinfrastruktur. Eltern sind häufig mit verkürzten Betreuungszeiten und/oder zeitweiligen Schließungen der Kindertagesstätten aufgrund von Personalmangel konfrontiert.

Die Frauen im DGB Berlin-Brandenburg fordern die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg auf,

- den Ausbau von **Kinderbetreuungs- und Pflegeangeboten** voranzutreiben, um die Vereinbarkeit von Beruf und familiären Verpflichtungen zu gewährleisten. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen den tatsächlichen Bedarf verlässlich decken und Betreuungszeiten anbieten, die Eltern eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit mit angemessenen Arbeitszeiten inklusive Wegezeiten auch im ländlichen Raum ermöglicht. Sie sollten gut erreichbar sind und mittelfristig kostenfrei in Anspruch genommen werden können.
- Die Inanspruchnahme von mehr als zwei Elternzeitmonaten durch Väter aktiv zu fördern, beispielsweise durch öffentliche Kampagnen.

- den Personalschlüssel für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu verbessern.
- **gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Kitas** und eine bessere Fachkraft-Kind-Relation sicherzustellen.

Gleichstellungsorientierte Berufsorientierung

Auch wenn Mädchen und junge Frauen mittlerweile als Bildungsgewinnerinnen gelten, treffen auch sie die strukturellen Mängel im Bildungssystem. Mangelnde Geschlechtersensibilität im Unterricht führt dazu, dass bestehende Geschlechterungleichheiten fortgeschrieben werden. Schüler*innen orientieren sich bei ihrer Berufswahl an gesellschaftlichen Vorbildern und Rollen. Mädchen entscheiden sich daher zumeist für „typische Frauenberufe“, die schlechter bezahlt sind und schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Um mehr Mädchen und Frauen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu gewinnen, müssen Bildung und Berufsorientierung von Geschlechterklischees befreit werden. Mädchen wie Jungen sollten sich frei für einen Beruf entscheiden können – unbeeinflusst von gängigen Vorstellungen.

Eine Maßnahme für klischeefreie Berufsorientierung ist der Girls‘ day, der in den meisten Bundesländern durchgeführt wird. Ziel des Girls‘ day war es, Mädchen* Wege in Berufe insbesondere aus dem MINT-Bereich zu eröffnen. Rollenklischees bei der Berufswahl sollten damit infrage gestellt werden. Statt eines Girls‘ day organisiert das Land Brandenburg jährlich einen „Zukunftstag für Mädchen und Jungen“. Der politische Anspruch an eine geschlechtergerechte Arbeitswelt wird beim Brandenburger Zukunftstag aktuell unzureichend adressiert.

Die Frauen im DGB Berlin-Brandenburg fordern die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg auf,

- Unterrichtsinhalte geschlechter- und diskriminierungskritisch zu bewerten und Geschlechtergerechtigkeit über die in Curricula vorgesehenen Inhalte hinaus als Querschnittsthema im Unterricht stärker zu verankern.
- geschlechtersensible Didaktik in der Ausbildung von Lehrkräften stärker zu verankern.
- die geschlechtersensible Fortbildung von Lehrkräften sicherzustellen.
- einen Girls‘ Day in Brandenburg einzuführen, bei dem es nicht bloß um eine allgemeine Berufsorientierung geht, sondern bei dem auch die Zielsetzung der Gleichstellung in der Arbeitswelt und die klischeefreie Berufsorientierung im Fokus stehen.
- die gleichstellungsorientierten Angebote für Lernende und Lehrende auszuweiten.

Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung

Eine geschlechterstereotype Arbeitsvermittlung erschwert den beruflichen Wiedereinstieg in den Beruf nach Phasen der Erwerbslosigkeit. Umso wichtiger ist es, die aktive Arbeitsmarktpolitik geschlechtergerecht und lebensphasenorientiert zu gestalten.

In der sozial-ökologischen und digitalen Transformation ist Weiterbildung zentral, um mit sich verändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes Schritt zu halten. Die Chancen auf betriebliche Weiterbildung sind jedoch ungleich verteilt: Frauen nehmen deutlich häufiger an kürzeren Weiterbildungen teil, die nur wenige Stunden dauern, während Männer vermehrt längere Weiterbildungen absolvieren, die über mehrere Tage gehen und die beruflichen Aufstiegschancen erhöhen.^[2] Zudem hindern familiäre Verpflichtungen Frauen häufiger als Männer daran, Weiterbildungen in Anspruch zu nehmen. Der Gender Care Gap ist somit ein zusätzliches Hindernis für die Weiterbildungsteilnahme von Frauen.^[3]

Damit Frauen im Zuge der digitalen und sozial-ökologischen Transformation nicht abgehängt werden, müssen sie sich beruflich weiterbilden können – genau wie Männer. Nur wenn Frauen über die entsprechenden Kompetenzen verfügen, können sie die Arbeitswelt von morgen aktiv mitgestalten.

Die Frauen im DGB Berlin-Brandenburg fordern die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg und die Arbeitsverwaltung auf,

- Daten zum Gender Training Gap in Berlin und Brandenburg zu erheben und hierbei ebenfalls die Merkmale zeitlicher Umfang der Weiterbildung und finanzielle Beteiligung (Arbeitgeber/Arbeitnehmer*in) auszuwerten
- eine geschlechtersensible aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen umzusetzen, keine Vermittlung in Minijobs durch Jobcenter und Agenturen für Arbeit.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Frauen zu ergreifen.
- in Förderprogrammen des Landes zur Förderung von Weiterbildung die Bildungsbeteiligung von Frauen durch Quoten oder andere Vorgaben zu erhöhen. Weiterbildungsangebote müssen auch in Teilzeit möglich sein oder modular angeboten werden, um den Zugang für Teilzeitbeschäftigte sicherzustellen. Zudem sind familienfreundliche Zeiten oder die Gewährleistung von Kinderbetreuung oder Pflegeunterstützung sicherzustellen.

Sexismus und geschlechtsspezifischer Gewalt am Arbeitsplatz entgegenwirken

Sexismus und geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz stellen insbesondere für Frauen aber auch für queere Menschen ein großes Problem dar – mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Betroffenen.

Die Frauen im DGB Berlin-Brandenburg fordern die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg auf,

- die Prävention von Gewalt und sexueller Belästigung als Thema in den Arbeitsschutz zu integrieren. Hierfür müssen für die Mitarbeiter*innen des Landesamts für Arbeitsschutz passende Schulungsangebote bereitgestellt werden.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene zu finanzieren.
- Präventionsmaßnahmen zu ergreifen und die Öffentlichkeit zum Thema Sexismus und geschlechtsspezifischer Gewalt am Arbeitsplatz zu sensibilisieren. Arbeitgeber*innen sollen über ihre Verantwortung aufgeklärt werden, für ein

gewalt- und belästigungsfreies Arbeitsumfeld zu sorgen sowie über ihre Pflicht, eine betriebliche Beschwerdestelle einzurichten.

Die Frauen im DGB Berlin-Brandenburg fordern den DGB-Bezirk auf,

- auf politischer Ebene und in der Arbeitsverwaltung auf eine Angleichung der Erwerbsarbeitszeiten von Frauen und Männern als Voraussetzung für eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit hinzuwirken und gleichzeitig zur besseren Akzeptanz von reduzierten Arbeitszeiten aufgrund von Sorgearbeit beizutragen. Weder Frauen noch Männer dürfen im Job benachteiligt werden, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren.
- gleiche Weiterbildungschancen für Männer und Frauen einzufordern und hier insbesondere der Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten entgegenzuwirken.
- Die Fachkräftestrategie-Prozesse in Berlin und Brandenburg kritisch zu begleiten und hier insbesondere gleichstellungsfördernde Maßnahmen einzufordern.
- Für die Themen sexuelle Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz zu sensibilisieren.

[1] 2023 arbeiteten 45,5% der Frauen in Berlin und in Brandenburg 49,9% in Teilzeit. Vgl. BMFSF: „Digitaler Gleichstellungsatlas“:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellungsatlas>

[2] Lott/Polloczek/Peters (2025): Und es gibt ihn doch. Der Gender Training Gap bei betrieblichen Weiterbildungen. WSI Report Nr. 101

[3] Ebd.

Antrag 03: Reproduktive Rechte

Laufende Nummer: 3

| | |
|----------------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | GEW Frauen Berlin |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |

Die Bezirksfrauenkonferenz im DGB Berlin-Brandenburg vertritt eine klare Pro Choice Position. Sie unterstützt die körperliche, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von allen Menschen über ihren Körper und die Entkriminalisierung von Entscheidungen und Handlungen diesbezüglich.

Wir fordern:

1. **Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch**
2. Die Pflicht zur Beratung vor einer Abtreibung durch ein **Recht zur Beratung** zu ersetzen, sowie das Beratungsangebot ist durch ein Angebot zur Nachberatung zu erweitern.
3. **Streichung der verpflichtenden Wartezeit.**
4. Eine **Qualitätssicherung des Aufklärungsunterrichts, nicht-wertende und faktenbasierte Themenbehandlung im Unterricht.**
2. **Bessere Finanzierung für Forschung und Ausbildung** an Hochschulen zu Schwangerschaftsabbrüchen und Nachsorge.
3. **Barrierearme** (leicht zu erreichen, keine Zeitverzögerung, auch für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen zugänglich etc.) **Zugang** zu Beratung und Versorgung.
4. **Sensibilisierung und Aufklärung im Rahmen der Studiengänge Soziale Arbeit, der Lehramtsausbildung, des Medizinstudiums und weiterer Ausbildungen mit einem Bezug zum Thema.**
5. **Sichere Finanzierung** und Ausbau für Schwangerschaft- und Familienberatungsstellen.

Die Bezirksfrauenkonferenz wirkt innerhalb des DGB auf folgende Maßnahmen hin:

Der **DGB Berlin-Brandenburg** unterstützt **Kampagnen und Bündnisse**, die mit ihren Forderungen und Inhalten zum Thema sexuelle und körperliche Selbstbestimmung mit diesen Positionen übereinstimmen.

Der **DGB Berlin-Brandenburg** tritt dem **Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** bei.

Der DGB BB setzt sich für **Pro-Choice Positionen** ein.

Antrag 04: Antrag gegen den Berliner Kürzungshaushalt

Laufende Nummer: 4

| | |
|---|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | ver.di Frauen Berlin-Brandenburg |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der ABK: | Annahme |
| Auf diesen Antrag verweisende Anträge: | l1 |

Im Namen der DGB-Bezirksfrauenkonferenz folgende Stellungnahme zu veröffentlichen.

Stellungnahme der DGB-Bezirksfrauenkonferenz

Gegen den Berliner Kürzungshaushalt – Für eine geschlechtergerechte Finanzpolitik!

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt die geplanten Kürzungen im Berliner Haushalt entschieden ab. Diese Einsparungen bedrohen insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen, da sie oft in Bereichen stattfinden, die für Geschlechtergerechtigkeit und soziale Teilhabe essenziell sind. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten und wachsender sozialer Ungleichheiten dürfen frauenpolitische Errungenschaften nicht rückgängig gemacht werden.

Am 19. November 2024 wurden massive Kürzungen in der Berliner Haushaltsplanung für 2025 bekannt. Besonders alarmierend sind die Kürzungen im Bereich des Opfer- und Gewaltschutzes. Zuwendungsprojekte der Gewaltprävention und Opferhilfe sollen um 4,5 Millionen Euro – also fast 40 Prozent – reduziert werden. Dazu droht den Projekten der Anti-Gewalt-Arbeit eine pauschale Kürzung. Die Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG) schlägt Alarm: Die Finanzierungslücke verhindert die dringend notwendige Nachbesetzung offener Stellen. Die finanzielle Unsicherheit macht die BIG als Arbeitgeber zunehmend unattraktiv, kritisiert Geschäftsführerin Doris Felbinger.

Neben dem Sozial- und Bildungsbereich ist auch der besonders prekäre Kulturbereich betroffen, der mit nur 2,1 Prozent des Gesamtetats ohnehin unterfinanziert ist. Dennoch sollen hier 130 Millionen Euro gestrichen werden, was für viele Einrichtungen und Programme faktisch das Aus bedeutet. Zahlreiche Projekte stehen vor dem vollständigen Wegfall, da sie eine Kürzung um 100 Prozent innerhalb weniger Wochen hinnehmen müssten.

Unsere zentralen Forderungen:

1.

Kein Abbau von Frauen- und Gleichstellungsprojekten:

Die Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und anderen geschlechtergerechten Projekten muss gesichert bleiben. Einsparungen in diesen Bereichen gefährden unmittelbar den Schutz und die Unterstützung von Frauen in prekären Situationen.

2.

Erhalt und Ausbau von Sozial- und Bildungseinrichtungen:

Viele Kürzungen treffen Kindertagesstätten, Schulen und soziale Dienste – Bereiche, in denen Frauen überproportional arbeiten und auf deren Unterstützung sie angewiesen

sind. Eine nachhaltige Finanzierung ist unerlässlich, um Armut und soziale Ungleichheit nicht weiter zu verschärfen.

3.

Faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge:

Die soziale Infrastruktur Berlins ist von Kürzungen stark betroffen – gerade in von eher Frauen dominierten Berufen wie Pflege, Bildung und Sozialarbeit. Wir fordern den Schutz von Arbeitsplätzen, gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

4.

Keine Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich:

Die finanzielle Ausstattung von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und sozialen Diensten darf nicht weiter reduziert werden. Frauen tragen hier eine doppelte Last – sowohl als Beschäftigte als auch als Hauptverantwortliche in der familiären Sorgearbeit.

5.

Keine Einsparungen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen:

Bildung ist eine grundlegende Säule unserer Gesellschaft und entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Die Hochschulen in Berlin sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch Zentren der Forschung und Innovation, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen. Einsparungen würden nicht nur die Qualität der Lehre und Forschung gefährden, sondern auch die Chancengleichheit für Frauen. Wir setzen uns für eine angemessene Finanzierung der Hochschulen ein, um eine exzellente Bildung für alle zu gewährleisten und die Attraktivität Berlins als Bildungsstandort zu sichern.

6.

Gleichstellungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe:

Eine geschlechtergerechte Finanzpolitik muss sicherstellen, dass Mittel gerecht verteilt und gezielt zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen sowie zum Abbau struktureller Benachteiligung eingesetzt werden.

Unsere Forderungen brauchen politische und gesellschaftliche Unterstützung!

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz fordert die Landesregierung auf, die Kürzungen und Kürzungspläne zurückzunehmen und eine Finanzpolitik zu gestalten, die soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung nicht gefährdet, sondern stärkt. Wir rufen alle Mitglieder, politischen Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, sich gegen den Kürzungshaushalt zu stellen und für eine solidarische, geschlechtergerechte Gesellschaft zu kämpfen.

Begründung

Liebe Kolleginnen, wir - der ver.di Landesbezirksfrauenrat Berlin-Brandenburg- wählen ungewöhnlicherweise eine direkte Ansprache in dieser Antragsbegründung, denn: es brennt. An allen Ecken und Enden. Der Berliner Kürzungshaushalt ist nur ein Vorgeschmack der zu erwartenden politischen Entwicklungen -insbesondere nach der Bundestagswahl-. Die Brisanz der Maßnahme als Ganzes und die Prekarität der Maßnahmen im Einzelnen liegen auf

der Hand und können in den unten aufgelisteten Stellungnahmen einzelner Organisationen nachgelesen werden.
Für uns als Frauen der Gewerkschaft darf es nicht aushaltbar sein, dazu zu schweigen.

Stellungnahmen, direkt betroffener Organisationen:

<https://ljbberlin.de/haushalt-und-kuerzungen-blutet-berlin-die-jugendarbeit-aus>

<https://www.bund-berlin.de/service/presse/detail/news/haushalt-2025-schwarz-rot-fuehrt-chaosjahre-munter-weiter/>

<https://www.udk-berlin.de/service/stabsstelle-presse-kommunikation/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2025/der-akademische-senat-der-udk-berlin-verurteilt-vehement-die-kuerzung-des-hochschulhaushalts-durch-den-senat-von-berlin-fuer-das-jahr-2025/>

<https://www.berliner-museumsverband.de/2024/11/26/stellungnahme-zu-den-berliner-haushaltskuerzungen/>

https://www.big-berlin.info/sites/default/files/attachments/2024_10_10_Stellungnahme_Paritaet_Haushalt_Zuwendungen_Berlin.pdf

<https://www.fu-berlin.de/einrichtungen/gremien-kommissionen/senat/aktuelles/20241219-stellungnahme-kuerzungen-haushalt.html>

https://www.lakof-berlin.de/publikationen/lakof_pos-kuerzungen_170325.pdf

Antrag I1: Erhalt demokratischer und diversitätsbewusster Bildungsinhalte in den Kita-Bildungsplänen

Laufende Nummer: 9

| | |
|----------------------------|--|
| Antragsteller*in: | IGBCE Frauen Nordost |
| Unterstützer*innen: | Claudia Ahlrep (GdP · Nr. 00037*01), Claudia Karaaslan (Nr. 00015*01), Dajana Kolenda (IG BAU · Nr. 00012*01), Jana Haase (ver.di · Nr. 00018*01), Johanna Hembd (ver.di · Nr. 00003*01), Karin Donner (ver.di · Nr. 00007*01), Katharina Banzhaf (ver.di · Nr. 00011*01), Laura Pinnig (GEW · Nr. 00017*01), Marika Böttche (Nr. 00006*01), Martina Felber (ver.di · Nr. 00024*01), Martina Regulin (GEW · Nr. 00028*01), Monika Günterberg (ver.di · Nr. 00001*01), Nadine Freitag (IG Metall · Nr. 00014*01), Patricia Larisch (GEW · Nr. 00044*01), Paula Hoffmann (ver.di · Nr. 00013*01), Rosa Joana Garcia Latorre-Hoppstädter (GEW · Nr. 00008*01), Sabrina Selle (IG Metall · Nr. 00039*01), Silvana Meister (ver.di · Nr. 00022*01), Sophie Schmidt (ver.di · Nr. 00034*01), Susanne Berg (ver.di · Nr. 00019*01), Susi Rentzsch (GEW · Nr. 00038*01), Sylvia Böer (ver.di · Nr. 00032*01), Tugba Scherfner (GEW · Nr. 00002*01), Ulrike Haase (ver.di · Nr. 00025*01), Yvonne Meißner (ver.di · Nr. 00029*01) |
| Status: | angenommen als Material zu Antrag 04 |
| Empfehlung der ABK: | Annahme als Material zu Antrag 04 |

Aufgrund der aktuellen Berichterstattung und des Sparprogrammes des Berliner Senats mit Auswirkung auf die pädagogische Arbeit in den Berliner Kitas stellen wir diesen Initiativantrag. Eine zukunftsorientierte Familienpolitik beginnt mit der frühkindlichen Erziehung. Um junge Menschen auf ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld und eine inklusive Gesellschaft vorzubereiten, müssen bereits in der Kindheit Werte wie Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung vermittelt werden. Diese Grundlagen sind entscheidend, um in den Unternehmen der Zukunft eine inklusive und respektvolle Arbeitskultur zu etablieren. Damit alle Menschen sich frei entwickeln können zum Beispiel ohne Geschlechterstereotype.

Wir fordern:

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich entschieden gegen die Kürzungen und inhaltlichen Reduktionen im Bereich Demokratiebildung, Diversität und Wahlfreiheit in den überarbeiteten Kita-Bildungsplänen aus.

1. Wir fordern den Erhalt und die Stärkung demokratischer, diskriminierungskritischer und vielfaltsorientierter Bildungsinhalte in der frühkindlichen Bildung – insbesondere im Sinne eines inklusiven Verständnisses von Geschlecht, Familie, Lebensweise und Identität.
2. Wir fordern, dass alle Kapitel zu Gleichheit und Vielfalt ab S. 20 des Berliner Bildungsprogramms von 2014 mindestens inhaltlich erhalten bleiben.
3. Die DGB-Frauen stellen sich solidarisch an die Seite der Fachkräfte, Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen, die diese Kürzungen kritisieren und sich für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft einsetzen.
4. Der DGB wird aufgefordert, öffentlich Stellung gegen rechte Narrative und politische Einflussnahme auf Bildungsinhalte zu beziehen, insbesondere wenn

diese auf Ausgrenzung, Angstmache und Rückschritt zielen.

5. Der DGB prüft, wie er den Aufbau oder die Unterstützung eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses begleiten kann, das sich für demokratische Bildungsinhalte in der frühkindlichen Bildung einsetzt. Bis zur nächsten DGB-Bundesfrauenkonferenz wird über die Entwicklungen berichtet.

Begründung

Im aktuellen Entwurf fehlt laut Expertin Almut Schnerring eine vorurteilsfreie Pädagogik komplett. Dies stellt einen direkten Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 2 und 3 und gegen die Berliner Verfassung Artikel 1 und 10 dar. Es untergräbt zusätzlich das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (SGB VIII). Die schleichende Praxis, geltendes Recht zunehmend zu ignorieren, untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat und gefährdet die soziale Gerechtigkeit, für deren Schutz Gewerkschaften mitverantwortlich sind.